

die sich auf der Basis des zweiten Landfriedens entwickelt haben und worüber die vom Verfasser selbst kurz erwähnten Eidgenössischen Abschiede, d. h. die Protokolle der Tagsatzungen der eidgenössischen Stände, sehr reiches Material enthalten.

Zürich.

Rudolf G. Bindschedler.

Erwin Jacobi (Privatdozent an der juristischen Fakultät Leipzig), *Patronate juristischer Personen* (a. u. d. T.: Kirchenrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Ulrich Stutz, Heft 78). Stuttgart, Ferdinand Enke 1912. XX, 172 S.

Der Verfasser verfolgt in der vorliegenden Abhandlung die Entwicklung der Patronate juristischer Personen im kanonischen Recht, insbesondere in der kanonistischen Gesetzgebung und Wissenschaft. Anlaß zu der Arbeit gaben dem Verfasser Bedenken gegen die heute herrschende Lehre von der Patronatsfähigkeit der juristischen Personen.

Die Einleitung beschäftigt sich mit allgemeinen geschichtlichen Grundlagen. Der Verfasser unterscheidet Patronate solcher juristischer Personen, die keine Gemeinden sind, und Gemeindepatronate. Die Patronate der ersten Gruppe entstammen dem Eigenkirchenrecht; es gehören hierher zahlreiche kirchliche und weltliche juristische Personen; die Schwierigkeit, ja Unmöglichkeit, die echten Patronate von den Besetzungsrechten aus Inkorporation oder Filialverhältnis streng zu scheiden, sei ungefährlich, weil die rechtliche Natur des den Kernpunkt des Patronatsrechts bildenden Besetzungsrechtes bei allen Instituten die gleiche sei, und daher eine juristische Person, die zur Stellenbesetzung kraft Inkorporation oder Filialverhältnis befähigt sei, auch patronatsfähig sein müsse. Dagegen seien die Wurzeln der Gemeindepatronate nur vereinzelt im alten Eigenkirchenrecht zu suchen, vielmehr gingen sie in der Hauptsache auf genossenschaftliche „Gemeinderechte“ bei Besetzung der Pfarrei zurück, die zunächst neben den Patronatsrechten bestanden und erst allmählich Aufnahme in das Patronatsrechtssystem gefunden hätten. Die genossenschaftlichen Gemeinderechte werden vom Verfasser auf germanischen Einfluß zurückgeführt und zwar auf die Selbständigkeit der germanischen Genossenschaft, ihre Organe zu wählen, wodurch das kanonische, nur als religiös bedeutsam gedachte Zustimmungsrecht des Volkes zu einem Gemeindewahlrecht umgestaltet worden sei. Die Entwicklung habe zuerst in Bayern ihre gesetzliche Anerkennung gefunden (Lex Baiuvariorum I, cap. 9); im Frankenreich habe sie sich nur allmählich durchgesetzt. Schließlich sei aber überall die Idee der Mitwirkung der Gemeinde bei der Stellenbesetzung, insbesondere der Pfarrstellen, zur Entfaltung gelangt, namentlich in den aufblühenden Städten. Alle diese Gemeinderechte hätten mit den echten Patronaten der Gemeinden,

die sich ebenfalls fänden, an sich nichts zu tun. Die Kirche aber habe sich gegenüber dem Gedanken von dem Interesse der Gemeinde an der Stellenbesetzung ablehnend verhalten und an der ausschließlichen Anerkennung des echten Patronatrechts festgehalten. Infolgedessen seien von ihr die bloßen Gemeinderechte entweder verworfen oder mittels juristischer Konstruktion in Fundationspatronate von Gemeinden umgewandelt worden. Wo die Kirche weder die Unterdrückung noch die Umwandlung der Gemeinderechte durchsetzte, habe sie die ganze Rechtsentwicklung ignoriert; doch sei es auch hier infolge der Bestrebungen der Landesherren und der Trennung von Kirchengemeinde und politischer Gemeinde zu einer Umwandlung von Gemeinderechten in echte Patronate gekommen.

In den auf die Einleitung folgenden Kapiteln beschäftigt sich der Verfasser mit der kanonistischen Gesetzgebung und Wissenschaft.

Er durchmustert zunächst das *Corpus iuris canonici* in Bezug auf solche Stellen, die für die Patronatrechte juristischer Personen bedeutungsvoll sind. Er gelangt dabei zu dem Ergebnis, daß eine Fülle von Patronaten kirchlicher juristischer Personen erwähnt werden (Klöster, Kirchen, Kapitel, Ritterorden, Kollegien); dagegen finde sich eine grundlegende Bestimmung darüber, daß das Patronatrecht auch von juristischen Personen erworben werden könne, und welche von ihnen im einzelnen in Betracht kämen, nirgends. Bedeutungsvoll aber sei die Neigung, die Patronate der kirchlichen „Anstalten“ als Patronate der sie verwaltenden physischen Kleriker zu bezeichnen. In bezug auf die Patronate weltlicher juristischer Personen käme nur eine Dekretale Innozenz' III. (cap. Querelam 24 X de electione I 6) in Betracht; sie würdigt der Verfasser im späteren Verlauf der Darstellung.

In einem zweiten Kapitel wird die Wissenschaft bis zum Tridentiner Konzil betrachtet. Der Verfasser beginnt mit der Wissenschaft des 12. und 13. Jahrhunderts. Er führt dabei aus, daß die Patronate juristischer Personen, einschließlich der Patronate der Gemeinden, irgend ein Problem dem Juristen der damaligen Zeit nicht bieten. Man habe die juristischen Personen ebenso selbstverständlich im Besitze ihrer Patronate anerkannt wie früher im Besitze ihres Kircheneigentums. Nur um die dem Patronatrechtssystem nicht angehörigen Gemeinderechte sei bei den Dekretalisten und den späteren Kommentatoren der Streit entbrannt. Die Kirchengesetzgebung habe sich in dieser Frage absichtlich passiv verhalten und damit diese Gemeinderechte verneint; dies erhelle deutlich aus dem erwähnten cap. 24 X de elect. I 6, in dem es sich nicht um ein Patronat, sondern um ein solches Gemeinderecht handle, und in dem der Prozeß nur durch den Hinweis auf den Quasibesitz am Präsentationsrecht erledigt werde. Auch die Wissenschaft habe seit Innozenz IV. die schlichte Gemeindepräsentation als ungesetzlich verworfen (Hostiensis, die Glosse zum Liber extra — Zurückführung des cap. 24 X, I 6 auf ein Fundationsprivileg — Durantis). Allein unmittelbar nach Durantis sei eine Lehre

aufgekommen, welche den Satz aufstellte, daß die Gemeinden das Präsentationsrecht an ihren Pfarrkirchen präskribiert haben könnten, und cap. 24 X, I 6 vom Ersitzungsbesitz des Präsentationsrechts handle. Hiernit sei der Grundgedanke für die Eingliederung der Gemeinderechte ins Patronatrechtssystem gefunden worden.

In bezug auf die Wissenschaft des 14. Jahrhunderts bemerkt der Verfasser, daß sie sich zu den wirklichen Patronaten juristischer Personen ebenso wie früher stellte, so auch bei den jetzt zum erstenmal begegnenden Patronaten von Beginenkongregationen und universitates scholarium. Dagegen könne in bezug auf nichtpatronatische Gemeinderechte von einer Entwicklung gesprochen werden, hier komme jetzt der Kampf zur vollen Entfaltung. Während die Möglichkeit der Ersitzung von Präsentationsrechten der Gemeinde von Archidiaconus (Guido de Baysio) geleugnet werde, sei sie von Johannes Andreae in seinen Quästiones Mercuriales in epochemachender Weise vertreten worden. Die auf Johannes Andreae folgenden Kanonisten des 14. Jahrhunderts hätten z. T. seine Lehre nur insofern erweitert, als nunmehr auch die Präskriptionsfrage in bezug auf das ganze Patronatrecht erörtert und die Natur des von der Gemeinde ersessenen Präsentationsrechts im Verhältnis zum Patronatsrecht ergründet werde (wegen ihrer Verschiedenheit Anwendung der päpstlichen provisio extraordinaria bei den Benefizien, an denen die Gemeinde ein Präsentationsrecht präskribiert habe). Die Bedeutung des Johannes Andreae wird von dem Verfasser noch in einer anderen Beziehung gefeiert. Seine Werke gäben den ersten Einblick in die damals herrschende Auffassung von den Patronatrechten der „universitates“. Man habe sie als Rechte mehrerer physischer Personen, die ihrerseits eine universitas bilden („singuli ut corpus“), aufgefaßt. Besonders bezeichnend sei in dieser Hinsicht auch eine Entscheidung der Rota über das Patronatrecht von Beginenkongregationen. Es wird als geistliches Patronat anerkannt, weil die Beginen an sich zwar Laien seien, aber infolge ihres religiösen Lebens, ihres habitus religiosus, ihrer Teilnahme am privilegium canonis u. a. ihnen mehr die Eigenschaft von geistlichen Personen zuzubilligen sei.

Auch die Wissenschaft des 15. Jahrhunderts stehe hinsichtlich der Patronatsfähigkeit juristischer Personen auf dem alten Standpunkt; unter den kirchlichen Gesellschaften treten zum ersten Male auch Tertiärer und Konfraternitäten sowie die Kongregation der Jesuati im Besitz von Patronaten auf. Die Frage nach der Berechtigung der nichtpatronatischen Gemeinderechte werde in eine allgemeine Frage des Patronatrechtes übergeleitet und von Felinus Sandeus durch Anerkennung des Erwerbs von Patronatrechten auf Grund der Immemorialpräskription beantwortet. Es wird weiter bemerkt, daß die Kanonisten aus dieser Zeit bei „Anstalten“ und „Stiftungen“ meist den verwaltenden Kleriker als berechtigt aufführen, bei den „Universitates“ aber die vereinigten physischen Personen als berechtigt auffassen. Letzteres erhellte insbesondere daraus, daß bei der Entscheidung, ob ihr Patronat geistlich

oder weltlich sei, auf die Eigenschaft ihrer Mitglieder unter Anwendung der Grundsätze der *decisio rotae* über die Beginenpatronate abgestellt werde.

In den großen Traktaten über das Patronatrecht zu Anfang des 16. Jahrhunderts ließen sich neue Gedanken im wesentlichen nur in bezug auf die rechtliche Auffassung der Patronate juristischer Personen feststellen. Während zwar die Patronate der kirchlichen „Anstaltspersonen“ und „Stiftungen“ in alter Weise bald als Rechte des verwaltenden Klerikers, bald als Rechte des *locus pius* behandelt seien, würden über die Patronate der „universitates“ jetzt Ausführungen gemacht, in denen diese Rechte deutlich als solche einer abstrakten juristischen Person im Sinne des römischen Rechts in Erscheinung träten. Der Verfasser führt für letzteres z. B. eine Stelle aus Rochus de Curte an: „*Suboritur nunc quaestio accessoria, an, ubi universitati competat ius patronatus, singulares personae de illa universitate sint patronae. Conclude non.*“ Der Verfasser führt weiter aus, daß man jetzt die praktischen Konsequenzen hieraus gezogen habe und daher die Alimentationsverpflichtung gegenüber den einzelnen Mitgliedern der universitas geleugnet und die dem Patron zustehenden Rechte den einzelnen Mitgliedern abgesprochen habe. Besonders wichtig sei auch, daß Rochus de Curte die herrschende Meinung verwerfe, daß über die geistliche oder laikale Natur der universitas scholarium das Überwiegen der geistlichen oder weltlichen Scholaren entscheiden solle. Bei alledem aber handle es sich nicht um eine Entwicklung von innen heraus, vielmehr sei der Begriff der römischen universitas von der Wissenschaft dem Patronatssystem „aufgepfropft“ worden. Dies zeige sich in den Definitionen, die Rochus von den Arten der Patronate gebe. Während beim geistlichen Patron die kirchlichen juristischen Personen erwähnt seien, laute die Definition des Laienpatronats: „*Patronatus laicorum seu patronatus laicus dicitur, quando aliquis laicus vel clericus ratione patrimonii sui ecclesiam fundavit, construxit vel dotavit.*“ Unter letztere passe aber die weltliche universitas als abstrakte juristische Person nicht, da sie kein „Laie“ sei; auch für Rochus seien daher die Patronate weltlicher universitates Patronate mehrerer Laien. Bei Erörterung der Eigenschaften des Patrons werde ferner nur auf die physischen Personen Rücksicht genommen, auch solle sich die geistliche oder laikale Natur der Patronate der Kongregationen Tertiärer, Konfraternitäten nach dem Stand der einzelnen Mitglieder richten. Infolgedessen gehe durch das ganze Patronatrechtssystem ein unheilbarer Riß. Weit mehr um eine innere Entwicklung aber handle es sich, wenn in den Traktaten ausgeführt werde, daß die Rechte und die Pflichten beim Patronat einer universitas die sie repräsentierenden Vertreter treffe.

Im dritten Kapitel geht der Verfasser auf das Tridentiner Konzil über. In ihm werde der Kampf der Wissenschaft um die Gemeinderechte zum Abschluß gebracht: Die Foundation könne auch durch den Nachweis unvordenklichen Rechtsbesitzes bewiesen werden

(Sess. XXV, c. 9 de ref.). Der mit den Worten „in iis vero personis seu communitatibus vel universitatibus, in quibus id ius plerumque ex usurpatione potius quaesitum praesumi solet“ beginnende Zusatz, der den Beweis verschärfe, sei auf die Landesherren (personis) und auf die Gemeinden (communitatibus vel universitatibus) zu beziehen. Man könne in ihm nicht die Anerkennung der Patronatsfähigkeit der juristischen Person im allgemeinen erblicken. Auch die Fortsetzung in demselben Kapitel ergebe nicht, daß die juristische Person als solche patronatsfähig sei. Das Tridentiner Konzil habe den Kreis der bisherigen juristischen Personen nicht erweitert, es habe auch nicht den Patronat der juristischen Person im Sinne der römischen universitas festgelegt, im Gegenteil stelle es dem „ius patronatus ecclesiasticum“ nur ein „ius patronatus laicorum“ gegenüber, unter welches ein Patronat einer weltlichen abstrakten juristischen Person im Sinne des römischen Rechts nicht passe.

Im vierten Kapitel betrachtet der Verfasser die Wissenschaft nach dem Tridentiner Konzil im 16. und 17. Jahrhundert. Auch hier ergebe sich, daß bestimmte juristische Personen ohne weiteres als patronatsfähig anerkannt würden; es bestehe ferner der alte Zwiespalt in der Auffassung der „universitas“ — bald römische abstrakte juristische Person, bald Vereinigung mehrerer physischer Personen. Dies zeige sich auch hier in den Definitionen der Arten des Patronats. Schließlich verfolgt der Verfasser die weitere Verdrängung der universitas als Patronatssubjekt durch die physischen Personen ihrer Vertreter in den Entscheidungen der Rota. Diese Entwicklung habe die Patronate der „universitates“ den Patronaten der „Anstalten“ und „Stiftungen“, bei denen nunmehr völlig der verwaltende Kleriker als patronatberechtigt aufgefaßt werde, angenähert. Von solchen Patronaten seien aber an sich die Patronate physischer Personen kraft Amtsträgerschaft zu scheiden, die allerdings vielfach in Patronate der betreffenden juristischen Personen übergegangen seien und so die Zahl der letzteren stark vermehrt hätten.

Im fünften Kapitel handelt der Verfasser über die Wissenschaft vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Wesentlich sei hier, daß man den Satz des Vivian: „Es gibt auch juristische Personen, die Patronate erwerben können“ in den anderen verkehrt habe: „Auch die juristischen Personen sind patronaterwerbsfähig.“ Vor allem sei dies seit Schulte und Mejer geschehen. Die juristische Person aber, die so ganz allgemein die Patronatsfähigkeit erhalte, sei die abstrakte juristische Person des römischen und modernen Rechts. Hiermit stehe jedoch das Patronatrechtssystem, das von den gleichen Schriftstellern vertreten werde, in unvereinbarem Gegensatz. Denn dieses sei durchaus das alte der früheren Zeit. Die juristischen Personen, die als Patronatsinhaber erwähnt würden, seien die gleichen wie früher. Ihre Patronate erschienen in Rechten physischer Personen verkörpert. Dies zeige sich in dem allgemeinen für den Patron aufgestellten Erfordernis der Zugehörigkeit zum christlichen Glauben, in den Definitionen des

geistlichen und vor allem des Laienpatronats u. a. m. Den ersten Versuch, diese Widersprüche aus der Welt zu schaffen, habe Hinschius gemacht; ihm seien Ilger und Stutz gefolgt. Hinschius berücksichtigt gleich bei dem Aufbau seines Patronatrechtssystems die juristischen Personen. Er lege zunächst fest, daß alle kirchlichen und weltlichen juristischen Personen Patronate erwerben können, lasse dann aber das für Patronate physischer Personen gültige Erfordernis der Kirchenzugehörigkeit bei den juristischen Personen in Wegfall kommen. Eine Ausnahme mache er für juristische Personen mit religiösen oder kirchlichen Zwecken für eine bestimmte Konfession. Im übrigen käme nach ihm die Kirchenzugehörigkeit erst bei der Ausübung des Patronats in Ansehung der Vertreter der juristischen Person in Frage. Der Verfasser zeigt dann, wie Hinschius im Gegensatz zu seinen Vorgängern auch bei den einzelnen Rechten des Patron auf die juristischen Personen als abstrakte Personen Rücksicht genommen habe, ingleichen auch bei der Scheidung zwischen geistlichem und Laienpatronat und der Definition des geistlichen Patronats. Dagegen falle er bei der Definition des Laienpatronats in die althergebrachte Definition zurück, indem er es einem Laien oder einer geistlichen Person aus einem von ihrer kirchlichen Stellung unabhängigen Grunde zuspricht. Dem entgegnet der Verfasser, daß juristische Personen niemals „Laien“ sein könnten, und daher könne die Definition von Hinschius auch wieder nur in dem Sinne gemeint sein, daß die Patronate weltlicher juristischer Personen als in den Rechten physischer Personen verkörpert angesehen würden. Dann aber sei der Grundsatz von der Patronatsfähigkeit der abstrakten juristischen Person nicht durchgeführt. Und es frage sich, ob er wirklich richtig sei.

Auf diese Frage sucht der Verfasser im Schlußkapitel eine Antwort zu geben.

Das Patronatrecht sei ein kirchlichöffentliches Recht. Es könne daher nur von Personen erworben und ausgeübt werden, die fähig seien, sich innerhalb des kirchlichen Rechtsgebiets zu betätigen. In bezug auf diese Fähigkeit seien physische und juristische Personen zu unterscheiden. Die Einzelperson sei fähig, wenn sie der Kirche angehöre und nicht durch Exkommunikation u. a. kirchlich rechtsunfähig geworden sei. Bei den juristischen Personen sei, da sie als abstrakte juristische Personen des modernen Rechts niemals Mitglieder einer Kirche sein könnten, darauf zu sehen, ob sie durch ihre Zwecke, die sie verfolgen, in ein Zugehörigkeitsverhältnis zu einer Kirche oder Religionsgesellschaft treten. Von einer solchen Zugehörigkeit dürfe man dann sprechen, wenn die juristische Person ein Organisationskörper der betreffenden Kirche oder Religionsgesellschaft sei oder wenn sie sich ausschließlich den Zwecken dieser Kirche oder Religionsgesellschaft widme (z. B. Kirchen, Benefizien, Klöster, Orden, Kongregationen, kirchliche Wohltätigkeitsanstalten, nicht aber z. B. kommunale Wohltätigkeitsanstalten, private Wohltätigkeitsvereine oder kirchliche juristische Personen anderer Kirchen). Diese kirchlichen

juristischen Personen seien kirchlich rechtsfähig und daher patronatsfähig; die hiernach nicht kirchlichen aber seien kirchlich rechtsunfähig und daher nicht patronatsfähig. Von diesen Regeln gebe es zwei Ausnahmen. Einmal müsse das in Deutschland geltende Gewohnheitsrecht, welches Protestanten und Katholiken in bezug auf die Patronate der beiderseits Kirchen gleichstelle, auch auf die Patronate juristischer Personen Anwendung finden, so daß also auch die kirchlichen juristischen Personen der evangelisch-lutherischen und evangelisch-reformierten Kirche nach katholischem Kirchenrecht patronatsfähig seien. Sodann aber würden in feststehender Praxis gewisse Gruppen von nichtkirchlichen juristischen Personen als patronatsfähig behandelt. Dies sei historisch zu erklären; hier führt der Verfasser wörtlich folgendes aus: „Die Patronate von weltlichen Anstaltspersonen und Stiftungen begegnen dann, wenn sich, wie bei den Hospitälern, ursprünglich kirchliche juristische Personen in weltliche juristische Personen verwandelt haben; die Patronate weltlicher Korporationen — universitates parochianorum, scholarium, professorum — aber gehen in ihren Anfängen in eine Zeit zurück, wo die universitas noch als Vereinigung physischer Rechtsträger aufgefaßt wird. Das letztere gilt selbst noch für die Patronate von Aktiengesellschaften, die schon auftauchen, ehe den Aktiengesellschaften juristische Persönlichkeit zugebilligt ist.“ Man könne also, so meint der Verfasser, nur feststellen, daß das kanonische Recht neben den kirchlichen einzelne weltliche abstrakte juristische Personen als patronatsfähig handle; dies seien Ausnahmerecheinungen. Die spätere Entwicklung sei abzuwarten. Vorläufig sei die Lehre, daß das kanonische Recht die Patronatsfähigkeit der juristischen Person als solcher anerkenne, unbegründet.

Schließlich stellt der Verfasser folgende Definitionen des geistlichen und Laienpatronats auf:

„Geistlich ist der Patronat, der einem Kleriker kraft Amtes oder einer kirchlichen juristischen Person zusteht.“

„Laienpatronat ist der einem Laien oder einem Kleriker ohne Beziehung zu seinem Amte oder der einer nichtkirchlichen juristischen Person zustehende Patronat.“

Wenn wir zu den dargelegten Untersuchungen und Ergebnissen Stellung nehmen, so ist zunächst zu bemerken, daß die Auswahl des Themas eine glückliche ist. Es handelt sich um historisch und dogmatisch sehr interessante, allerdings nicht einfache Fragen. Der Verfasser versteht es auch, in fesselnder Weise seine Ansichten vorzutragen. Das Buch ist als eine sehr verdienstliche Bereicherung unserer Literatur zu bezeichnen. Was den Inhalt der Darlegungen im einzelnen anlangt, so liegt das wissenschaftliche Verdienst des Verfassers m. E. vor allem darin, daß er die Geschichte der Gemeindepatronate in eingehender und, wie ich glaube, meist zutreffender Weise zur Darstellung bringt. Der Kampf der Kirche und der Kampf in der Wissenschaft in dieser ganzen Frage wird in sorgfältiger und ansprechender Weise aufgedeckt. Besonders interessant sind die Ausführungen über

Johannes Andreae und Durantis, und der Nachweis, daß es die Gemeindepatronate sind, an welche die ganze Frage der Ersitzung von Patronatrechten anknüpft. Was das Tridentinum betrifft, so dürfte die Auffassung, daß es sich bei den *communitates* und *universitates* ausschließlich um Gemeinden handle, zu eng sein, wensschon die Vorschrift zweifellos hauptsächlich gegen sie gerichtet war.

Sehr zu bedauern ist aber, daß der Verfasser bei seinen Untersuchungen und Darlegungen hinsichtlich der Auffassung, welche die kanonistischen Schriftsteller im Mittelalter über das Wesen der patronatsfähigen juristischen Personen gehabt haben, sich auf ihre Äußerungen beschränkt hat, die er beim Patronatrecht fand. Der Verfasser hätte sie mit den sonstigen Erörterungen der Kanonisten über das Wesen der Verbandspersonen in Verbindung setzen, vergleichen und an ihnen nachprüfen müssen, um so mehr als die erwähnten Äußerungen, die der Verfasser verwertet, nicht sehr zahlreich sind, und er sich sagen mußte, daß er leicht welche übersehen konnte. Hätte der Verfasser dies getan und vor allem die eingehenden Schilderungen von O. Gierke, „Genossenschaftsrecht“ Bd. III §§ 8, 9, 10 über die „Korporationstheorie der Kanonisten“, „der Legisten bis auf Bartolus“ und über „Die romanistisch-kanonistische Korporationstheorie in ihrer Vollendung“ ausgiebig herangezogen, so würde sich für ihn das Bild vielfach ganz anders gestaltet haben. Es ist nicht möglich, auf alle Einzelheiten einzugehen. Wesentlich scheint mir in dieser Hinsicht folgendes. Der Verfasser berücksichtigt nicht, daß den mittelalterlichen Kanonisten die scharfen Gegensätze zwischen Anstalten und Stiftungen einerseits den Korporationen andererseits fremd waren. Der Verfasser beachtet ferner nicht, daß die juristische Person als abstrakte Person bereits bei den Kanonisten des 13. Jahrhunderts, vor allem aber des 14. Jahrhunderts immer entschiedener zum Durchbruch kam, daß die romanistisch-kanonistische Korporationstheorie mit dem Ausgang des 14. Jahrhunderts im wesentlichen vollendet ist. Infolgedessen ist das, was der Verfasser über die Auffassung der Patronate juristischer Personen im 13. und 14. Jahrhundert ausführt, durchaus unrichtig. Bereits in dieser Zeit liegen die Dinge vielmehr im wesentlichen so, wie es nach der Ansicht des Verfassers erst in der Wissenschaft des 16. Jahrhunderts gewesen ist. So kann man schon allgemein dem Verfasser, wenn er für das 14. Jahrhundert ein paar Äußerungen des Johannes Andreae¹⁾ verwertet, nach denen die Patronate der „universitates“ als Patronate einer Mehrheit von Einzelpersonen erschienen, den Ausspruch desselben Johannes Andreae entgegenhalten, der erklärte, daß die universitas Person sei, oder bereits aus dem 13. Jahrhundert den Ausspruch Innozenz IV.: „cum collegium in causa universitatis fingatur una persona“ (siehe hierzu O. Gierke a. a. O. S. 279). Vor allem aber haben die Kanonisten des 14. Jahrhunderts gerade auch in

¹⁾ Übrigens wird Johannes Andreae vom Verfasser reichlich überschätzt (S. 75). Vgl. über ihn O. Gierke a. a. O. S. 247 Anm. 3.

bezug auf das Patronatrecht die scharfe Scheidung zwischen der universitas ipsa und den singuli gemacht und praktisch verwertet, was der Verfasser fälschlich erst bei den Schriftstellern des 16. Jahrhunderts, insbesondere z. B. bei Rochus de Curte finden will. Wie ich O. Gierke a. a. O. S. 443 Anm. 124 entnehme, wird bereits von Federicus Petruccius Senensis (zuletzt erwähnt 1343), von Johannes Lapus de Castiglione († 1381), ferner von Dominicus de Sancto Gemiano (Anfang des 15. Jahrhunderts) der Grundsatz „quod universitatis est non est singulorum“ auf das Patronatrecht einer universitas angewendet, indem z. B. eine Präsentation tanquam corpus gelehrt und eine Alimentationspflicht der Kirche gegen die Glieder verneint wird. Dies zeigt auch, worauf hier hingewiesen sein mag, daß das Patronatrecht nach der Ansicht der Kanonisten nicht zu den Rechten gehörte, die man, weil auf die juristische Person selbst nicht anwendbar, im Interesse ihrer Aufrechterhaltung interpretationsweise auf omnes singuli bezog (vgl. hierzu O. Gierke a. a. O. S. 283). Freilich finden wir, ebenso wie auf anderen Gebieten, auch beim Patronatrecht in verschiedener Hinsicht Anklänge an den Gedanken, daß die universitas eine aus Einzelpersonen zusammengesetzte Gesamtperson sei; vgl. die zahlreichen allgemeinen Belege bei O. Gierke a. a. O. S. 284 ff., 432 ff. In bezug auf das Patronatrecht speziell sind in dieser Hinsicht die Belege des Verfassers für die Auffassung der universitas als einer Mehrheit von Einzelpersonen zu verwerten. — So ergibt sich, daß der „unheilbare Riß im Patronatrechtssystem“, den der Verfasser erst im 16. Jahrhundert finden will, bereits im Mittelalter vorhanden ist. Wird dies beachtet, so erhellt auch, daß das, was der Verfasser über die Auffassung des Archidiaconus von den Patronaten der universitas sagt, nicht zutreffend ist. Archidiaconus macht bei der Glosse zu C. Si plures 36 C. 16 q. 7 folgende Bemerkung: „Illud tamen diligenter nota, quod si ecclesia a civitate vel populo vel plebe ratione communitatis vel universitatis construatur vel dotetur vel solum, ubi construatur ei detur, nulli eorum singulariter ius patronatus debetur, sed tantum universitati, vel civitati, vel populo, vel plebi, sicut, qui a collegio manumittitur, nulli singulariter reverentiam debet, sed singulos in ius vocabit. C. 12 q. 2: Qui manumittitur.“ — Der Verfasser sucht auszuführen, daß Archidiaconus hier nicht die juristische Auffassung seiner Zeit über die Patronate der universitates wiedergebe, vielmehr handele es sich nur um römisches Zivilrecht; denn die Darstellung knüpfe unmittelbar an das römische Freigelassenenpatronat, an den servus a corpore manumissus an. „Sie wäre mit demselben Inhalt auch dann denkbar, wenn es praktisch überhaupt keine Patronate von universitates gegeben hätte.“ Diese Ausführungen erscheinen schon an sich nicht überzeugend; daß aber in der Tat Archidiaconus mit der Gegenüberstellung der universitas und der singuli beim Patronatrecht die Auffassung des 14. Jahrhunderts wiedergibt, kann nach unseren früheren Darlegungen nicht zweifelhaft sein. (Übrigens berufen sich Rochus de Curte und Paulus de Citadinis [16. Jahrhundert] dafür, daß der universitas das Patronatrecht zu-

stehe und nicht den *singuli*, ausdrücklich auf die erwähnte Stelle des Archidiaconus; dem Verfasser ist dies nicht entgangen, aber er meint auch hier, bei Archidiaconus handle es sich um reine, ganz unpraktische Konstruktion!) Unseren bisherigen Darlegungen steht natürlich nicht entgegen, wenn in einzelnen Punkten bei manchem Kanonisten des 16. Jahrhunderts die Auffassung von der abstrakten juristischen Person beim Patronatrecht schärfer durchgeführt wird. Man mag hierfür die vom Verfasser mitgeteilte Stelle aus Rochus de Curte verwerten, der sich im Gegensatz zur herrschenden Lehre für die geistliche Natur des Patronats der *universitas scholarium* trotz Überwiegens der Laien ausspricht, weil der *universitas* selbst der Patronat zustehe. Eine wirkliche Begründung kann ich freilich in diesen Bemerkungen nicht finden. Und auch hier muß beachtet werden, daß die Einwendungen gegen die Lehre, welche die Korporationen als geistliche oder weltliche je nach dem Überwiegen der geistlichen oder weltlichen Einzelpersonen in ihnen charakterisierte, schon in das 14. Jahrhundert zurückreichen (vgl. zu der ganzen Frage O. Gierke a. a. O. S. 434; zunächst erhob man die Einwendungen nur, um sie gleich selbst zu widerlegen; erst ein Schriftsteller des 16. Jahrhunderts erklärt sie für durchschlagend).

Wir sehen, wie der Verfasser den Nachweis zu führen sucht, daß das katholische Kirchenrecht nur ganz bestimmten juristischen Personen die Patronatsfähigkeit zubilligt, aber den Grundsatz der Patronatsfähigkeit der juristischen Person im allgemeinen nicht gekannt habe. M. E. ist dieser Satz vom Verfasser nicht bewiesen worden. Mir scheint die Sache vielmehr so zu liegen. Wir haben oben festgestellt, daß man schon im Mittelalter juristischen Personen als solchen den Patronat zusprach; man sah daher jedenfalls von dem Erfordernis, das man beim Patronat einer Einzelperson aufstellte, der Kirchenmitgliedschaft, in bezug auf die *universitas ipsa* ab. Zweifelhaft kann sein, ob nach mittelalterlicher Auffassung das Erfordernis der Kirchenmitgliedschaft aber auf die *singuli* bezogen werden mußte. Praktisch konnte, da überhaupt im weltlich-kirchlichen Recht nur Verbandspersonen von rechtgläubigen Christen voll anerkannt wurden, die Frage keine nennenswerte Rolle spielen. Sicher ist, daß man in späterer Zeit, um so mehr als man immer schärfer das einheitliche Moment bei der juristischen Person betonte, von der Kirchenmitgliedschaft der *singuli* absah. Den deutlichsten Ausdruck findet dies in moderner Zeit in der Anerkennung der Patronatsfähigkeit von Aktiengesellschaften, aber es zeigt sich praktisch auch in der Anerkennung staatlicher oder gemeindlicher Patronate. Es läßt sich dies in den Satz fassen: Die juristische Person erschien patronatsfähig ohne Rücksicht auf die Kirchenmitgliedschaft ihrer Glieder. Oder kurz ausgedrückt: Die juristische Person als solche ist patronatsfähig. Dies schließt natürlich nicht aus, daß es Ausnahmen gibt und daß in anderer Beziehung die Kirchenmitgliedschaft der Glieder Bedeutung haben kann (z. B. bei der Ausübung des Patronats). Hiermit ist aber zugleich auch

die Auffassung des Verfassers abgelehnt, daß nur ganz bestimmte Gruppen von juristischen Personen für patronatsfähig gehalten worden seien. Vergeblich suchen wir im übrigen beim Verfasser nach einem durchschlagenden Prinzip, nach welchem die Gruppenbildung erfolgt wäre. Wenn der Verfasser meint, daß man bestimmte Typen von weltlichen universitates deshalb als patronatsfähig angesehen hätte, weil man damals die Korporation als Vereinigung von Einzelpersonen aufgefaßt hätte, so ist nicht einzusehen, warum dies nur gerade für die bestimmten Typen, aber nicht für alle weltlichen universitates gegolten hat. Auch die Wissenschaft des 17. Jahrhunderts steht nicht, wie der Verfasser meint, auf seinem Standpunkt und damit im Gegensatz zur Wissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts. Wenn Vivian (1627) eine allgemeine Abhandlung darüber, wer Patronate erwerben könne, mit den Worten schließt: „Personae etiam fictae sunt capaces et acquirere possunt iuspatronatus et universitas, civitas, capitulum, collegium, confraternitas et similes“ so ist es m. E. unmöglich, dies mit dem Verfasser dahin zu verstehen: „Es gibt auch juristische Personen, die Patronate erwerben können.“ Vielmehr kann dies nur die Bedeutung haben: Die juristischen Personen sind im allgemeinen patronatsfähig. Der Zusatz „similes“ zeigt deutlich, daß von einem geschlossenen Kreis bestimmter Typen juristischer Personen nicht die Rede sein kann. Für die Wissenschaft des 18. und 19. Jahrhunderts muß der Verfasser selbst zugeben, daß sie den Grundsatz der Patronatsfähigkeit der juristischen Personen aufgestellt habe; aber er hält dies für falsch und bestreitet seine Geltung als Rechtssatz. Demgegenüber muß wiederum vor allem auf die Anerkennung der Patronatsfähigkeit einer Aktiengesellschaft durch die Praxis verwiesen werden. Aber auch das allgemeine preußische Landrecht darf unterstützend angeführt werden. Es enthält den Satz (II, Tit. 11 § 615): „Auch einem Collegio, Corporation oder Commune kann das Kirchenpatronat zukommen.“ Man wird hierin die Kodifizierung eines allgemeinen kirchenrechtlichen Rechtssatzes zu erblicken haben.

Darin ist allerdings dem Verfasser recht zu geben, daß die kirchenrechtlichen Schriftsteller bis auf Hinschius bei der Darstellung des Patronatrechts auf die Patronatsfähigkeit juristischer Personen im einzelnen zu wenig Rücksicht genommen haben, und daß sich infolgedessen manche Ungereimtheit bei ihnen findet. Man schnitt eben die Darstellung des Patronatrechts im wesentlichen auf die Einzelperson zu. Es ist, wie der Verfasser ebenfalls mit Recht hervorhebt, das Verdienst von Hinschius, hier bessernd eingegriffen zu haben. Der Verfasser meint aber, daß Hinschius bei der Definition des Laienpatronats in alte Fehler zurückfalle und sich hier die wunde Stelle seiner Lehre offenbare. Ich vermag dem Verfasser hier nicht beizustimmen. Wenn Hinschius beim Laienpatronat nur von Laien, aber nicht von juristischen weltlichen Personen spricht, so zeigt dies, daß er hier den Ausdruck „Laie“ in einem nicht ganz technischen Sinn verwendet. Er versteht ihn offenbar im Sinn von „weltlicher Person“.

Auch den älteren Schriftstellern hat dies vorgeschwebt. Daß Hinschius die Definition in dem Sinn gemeint habe, daß die Patronate juristischer Personen als verkörpert in Rechten physischer Personen anzusehen seien, wie der Verfasser erklärt, ist m. E. ganz ausgeschlossen.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich bereits, daß ich die eigene Ansicht des Verfassers über die Patronatsfähigkeit der juristischen Personen, die er am Schluß seiner Abhandlung aufstellt, nicht für richtig halte. Man kann diese Ansicht des Verfassers auch so kennzeichnen, daß man sagt, daß er einen Punkt, den Hinschius für die Fernhaltung gewisser juristischer Personen von der Patronatsfähigkeit verwertet, zum Prinzip für die Frage ihrer Zulassung verwendet. Hinschius meint, daß juristische Personen, welche lediglich religiöse oder kirchliche Zwecke einer bestimmten Konfession verfolgen, unfähig sein müßten, Patronate an Kirchen einer anderen Konfession zu erwerben. Der Verfasser erklärt grundsätzlich nur juristische Personen, die ausschließlich die Zwecke einer bestimmten Kirche verfolgen, für patronatsfähig in dieser Kirche. Obschon ich glaube, daß die Lehre des Verfassers bereits durch meine historischen Bemerkungen widerlegt wird, möchte ich doch noch etwas näher auf sie eingehen. Der Verfasser glaubt seine Ansicht aus dem Wesen des Patronats und dem Wesen der abstrakten juristischen Person beweisen zu können. Man kann aber nicht einsehen, was dazu zwingt, wenn bei den juristischen Personen das Erfordernis der Kirchenmitgliedschaft versagt, an seine Stelle eine ausschließliche kirchliche Zweckbestimmtheit treten zu lassen. Das sind Erfordernisse, die sich gar nicht miteinander vergleichen lassen; man kann sie auch durch das farblose „Zugehörigkeit“ zu einer Kirche nur ganz äußerlich zusammenfassen. Es ist ferner nicht einzusehen, wieso eine juristische Person mit ausschließlich kirchlichem Zweck unbedingt auch fähig sein muß, sich auf dem Rechtsgebiet der betreffenden Kirche betätigen zu können, und wieso einer juristischen Person mit nicht ausschließlich kirchlichem Zweck diese Fähigkeit schlechthin abgesprochen wird. Hierzu kommt, daß der Patronat einen stark zivilrechtlichen, vielleicht besser gesagt einen nicht kirchenrechtlichen Einschlag auch heute noch besitzt. Und warum verlangt der Verfasser einen anschließlichen kirchlichen Zweck, warum kann die juristische Person, die noch andere Zwecke verfolgt, nicht kirchlich rechtsfähig sein? Auf dieses alles suchen wir vergeblich eine Antwort. Und hierzu kommt nun noch der Widerspruch zu der ganzen historischen Entwicklung. — Der Verfasser benutzt die kirchliche Zweckbestimmung der juristischen Personen aber nicht bloß für die Feststellung ihrer alleinigen kirchenrechtlichen Rechtsfähigkeit, sondern gleichzeitig auch zur Feststellung ihrer kirchlichen Eigenschaft. Die juristische Person, die ein Organisationskörper der katholischen Kirche ist, oder die sich ausschließlich den Zwecken der katholischen Kirche widmet, ist ihm eine geistliche Person und kommt für den geistlichen Patronat in Betracht. Dem ist nicht beizustimmen. Es entscheidet über die Frage, ob eine Person geistlichen oder weltlichen

Charakter hat, nur die Eingliederung in die Kirche. Die Ansicht des Verfassers würde z. B. dazu führen, einen bürgerlichrechtlichen Verein oder eine Stiftung zur Erbauung von Gotteshäusern oder zur Verbreitung religiöser Schriften, wenn sie einer bestimmten Kirche gewidmet sind, für kirchliche, für geistliche Personen zu erklären. — Wenden wir uns nun noch den weltlichen juristischen Personen des Verfassers zu, so sind sie also nach seiner Ansicht grundsätzlich patronatsunfähig. Hierin werden aus historischen Gründen, abgesehen von den protestantischen kirchlichen juristischen Personen, Ausnahmen gemacht für solche Gruppen von Anstalten, Stiftungen und Körperschaften, die in feststehender Praxis als patronatsfähig behandelt worden seien. Ich gehe nur noch auf diese letzteren Ausnahmen ein. Da ergibt sich aber, daß es sich in Wirklichkeit gar nicht nur um solche juristische Personen handelt, die durch eine für das Patronatrecht etwa bedeutungsvolle Eigenart von anderen weltlichen juristischen Personen abgegrenzt waren, sondern zweifellos auch um solche, die ganz zufällig in der kirchenrechtlichen Praxis des Patronatrechts aufgetaucht sind. Für Anstalten und Stiftungen wird freilich die ursprünglich kirchliche Eigenschaft angeführt und auf die Hospitäler verwiesen. Aber bei den Ausnahmen, die Korporationen sind, erklärt der Verfasser einfach, daß es daran gelegen habe, daß man die Korporationen als Vereinigung physischer Rechtsträger aufgefaßt habe. Allein, wir sahen bereits, dies Moment mußte doch bei allen Korporationen wirksam sein, es konnte also zu einer typischen Gruppenbildung nicht führen. Indem so rein zufällige Momente den Ausschlag geben und auch hier wieder nicht das Ineinanderfließen von Anstalten, Stiftungen und Körperschaften in der ganzen historischen Entwicklung (auch noch in der neueren Zeit) beachtet wird, ergibt sich ein buntes Gemenge von weltlichen juristischen Personen, die der Verfasser als patronatsfähig anerkennt: Von Anstalten und Stiftungen die Hospitäler und ähnliche Institute (welche?), von Körperschaften die Gemeinden, die universitates professorum, die universitates scholarium und die Aktiengesellschaften. Hiernach wäre also jede Aktiengesellschaft patronatsfähig, aber jeder sonstige weltliche Verein nicht patronatsfähig. Und selbst ein gewöhnlicher Verein, dessen Zweck in dem Betriebe eines Krankenhauses für Arme besteht, könnte nicht patronatsfähig sein, da er keine Anstalt oder Stiftung ist.

Indem wir die Ausführungen des Verfassers ablehnen, erkennen wir gleichzeitig die Lehre von Hinschius als richtig an. Mit Recht sind ihr Ilger und Stutz gefolgt. Auch die schwierige Frage in bezug auf die Ausübung des Patronatrechts durch juristische Personen ist m. E. von Hinschius im Ergebnis richtig gelöst: Für die Organe sind die Regeln der physischen Personen anzuwenden. Dem pflichtet auch der Verfasser bei. Die Erklärung hierfür ergibt sich m. E. wieder aus der historischen Entwicklung, und die Untersuchungen des Verfassers liefern dafür reichliche und interessante Belege.

Was schließlich die Definitionen des Verfassers anlangt, so sind

sie so neutral gehalten, daß sie auch von der herrschenden Lehre gebilligt werden können. Denn es kommt in ihnen nicht zum Ausdruck, daß nur bestimmte Gruppen von weltlichen juristischen Personen patronatsfähig sein sollen, und die nicht richtige Abgrenzung des Verfassers zwischen kirchlichen und nichtkirchlichen juristischen Personen tritt nicht hervor. Wer also es nicht deutlich genug findet, wenn unter einer geistlichen Person auch die kirchliche juristische Person einbegriffen wird, und wer daran Anstoß nimmt, den Ausdruck Laie in dem weiten Sinn von weltlicher Person (mit Einschluß der juristischen Person) zu gebrauchen, der kann die Definitionen des Verfassers als die zweifellos deutlicheren und genaueren akzeptieren.

Königsberg i. Pr.

Julius von Gierke.

Viktor Ernst, Die Entstehung des württembergischen Kirchenguts (Sonderabdruck aus den Württemberg. Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde). Stuttgart, K. Statist. Landesamt 1911.

Das 1534 evangelisch gewordene Herzogtum Württemberg hat hinsichtlich seiner Kirchengüter eine bemerkenswerte, bis auf den heutigen Tag nachwirkende Sonderentwicklung durchgemacht. Es wurde ein kirchliches Landesvermögen gebildet, in dessen Masse nicht etwa nur die säkularisierten Klöster und die durch den neuen Kultus überflüssig gewordenen Stifts- und Kaplaneipfründen, sondern insbesondere auch die Pfarrpfründen eingeworfen worden sind. Die Zeit der Säkularisationen im Anfang des 19. Jahrhunderts führte weiterhin den eigentümlichen Zustand herbei, daß im Jahre 1806 jenes allgemeine Kirchengut mit allen darauf liegenden kirchlichen Verpflichtungen dem Staatsvermögen inkorporiert wurde. In zeitgemäßer Ausführung einer Bestimmung der Verfassungsurkunde von 1819, die nach verschiedenen vergeblichen Anläufen bis zum heutigen Tage unerledigt geblieben ist, sind seitens der württembergischen Regierung neuerliche Arbeiten im Gange, die darauf abzielen, ein der Kirche eigentümliches Vermögen wieder sicherzustellen.

Angeregt durch eine Tübinger Preisaufgabe hat der Unterzeichnete eine summarische Arbeit über die „Geschichte des allgemeinen Kirchenguts in Württemberg von 1534—1806“ in den Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde 1903 (I, 78—101 und II, 1—81) veröffentlicht. Das weitschichtige Quellenmaterial konnte dabei, wie in den einleitenden Bemerkungen (I S. 78) auch betont wurde, entsprechend der durch die Preisaufgabe gesetzten zeitlichen Beschränkung nicht annähernd erschöpft werden. Für die Entstehungsgeschichte des württembergischen Kirchenguts ist nun durch die Arbeit von Ernst die notwendige Ergänzung, man kann wohl sagen, fast bis zum letzten